

# Atommüll bleibt auch 20 Jahre nach Wackersdorf ein Problem

**THEMENABEND** Die Grünen erinnerten an den erfolgreichen Widerstand gegen die geplante WAA in der mittleren Oberpfalz.

VON MAGDALENA FRÖHLICH, MZ

**REGENSBURG.** Der Baustopp der Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) in Wackersdorf ist nunmehr seit 20 Jahren Geschichte. Eine Geschichte, die die Region und ihre Menschen geprägt hat und die nach den Worten von MdL Maria Scharfenberg (Grüne) zu einer „grünen Erfolgsstory“ geworden ist. Sie lud am Freitagabend mit ihrer Partei zum Themenabend „Wohin mit dem Atommüll? 20 Jahre nach Wackersdorf“ in den Regensburger Salzstadel ein, wo Erinnerungen an den Oberpfälzer Widerstand, der bundesweit Solidarität gefunden hatte, wieder auflebten.

## Standortsuche ohne Ergebnis

MdEP Rebecca Harms (Grüne) referierte dabei über die Brisanz eines raschen Atomausstiegs. Nach ihrer Aussage wüchsen mit den zunehmenden Abfällen auch die Probleme: „Es gibt auf der ganzen Welt noch kein Endlager für hochradioaktiven Müll und Brennelemente. Dies macht die Dimension der Problematik der Endlagerung von bereits vorhandenen Atommüll klar. Deshalb darf kein weiterer produziert werden“, so Harms.

In Bezug auf die Frage „Wohin mit dem Müll?“ forderte die grüne Europaabgeordnete eine qualifizierte Standortuntersuchung, wie sie der einstige Umweltminister Jürgen Trittin (Grüne) 1999 mittels des Arbeitskreises Auswahlverfahren Endlagerstandorte (AkEnd) initiiert hatte. 2002 habe der



**MdEP Rebecca Harms referierte beim Themenabend.** Foto: mmf

AkEnd nach den Worten von Harms dem Umweltminister Vorschläge für das Verfahren gemacht, wonach unter anderem mindestens zwei geeignete Standorte durch die Anwendung von geologischen, sicherheitstechnischen und sozioökonomischen Kriterien gefunden werden sollen. Man forderte die Beteiligung der betroffenen Bevölkerung an der Entscheidung und die finanzielle Unterstützung der Region. Allerdings gebe es bis heute kein Ergebnis bei der Suche nach einem geeigneten Standort.

Harms drückte auch ihre Hoffnung aus, dass man aus dem Skandal von Asse lerne und die Entscheidungsträger zur Verantwortung gezogen würden – nicht zuletzt, weil diese Gremien aus Politik, Wissenschaft und Behörden hinter den bundesweiten Entsorgungsvorgängen stünden. Asse II sei ein altes Salzbergwerk, in dem zu Versuchszwecken Atommüll eingelagert worden sei. „Bereits 1979 gab es kon-

krete Sicherheitswarnungen, die die Instabilität der Grube prognostizierten, jetzt ist das Worst-Case-Szenario eingetreten: Wasser aus dem Deckgebirge hat Teile des Atommülls erreicht“, so Harms.

In einem anschließenden Zeitzeugen-Gespräch mit MdEP Harms, MdB a. D. Dr. Wolfgang Daniels, Grünen-Stadtrat und ehemaligen Sprecher des Dachverbands Oberpfälzer Bürgerinitiativen Jürgen Huber, der Anmelderin der ersten örtlichen Demo gegen die WAA, Renate Kersting-Tschirpanliw, und dem damaligen Vorsitzenden der Amberger Bürgerinitiative gegen die WAA, Helmut Wilhelm, lebten die Emotionen aus den 1980er Jahren wieder auf. Die Runde war sich einig: Für sie und viele andere Demonstranten sei es die entscheidende Initialzündung für politisches Engagement gewesen. Kersting-Tschirpanliw: „Wir haben uns gegen diese Übermacht der Polizei, die wie moderne Legionäre ausgestattet war, gefühlt wie David gegen Goliath und trotzdem haben wir gedacht: Wir werden es euch dennoch zeigen! Natürlich haben wir uns informiert, wir wollten nicht nur aus einer Emotion heraus gegen etwas sein und wir wollten uns auf keinen Fall für dumm verkaufen lassen.“

## „Zu teuer, zu gefährlich“

MdL Ludwig Hartmann (Grüne) beendete den Themenabend mit einem atompolitischen Ausblick. Er plädierte für einen schnellen Ausstieg aus der Atomenergie. Sie sei teuer, da sie staatlich subventioniert werde, gefährlich wegen möglicher Störfälle und terroristischer Angriffe, und sie behindere zudem den Ausbau erneuerbarer Energien. Die Strommenge aus regenerativen Energien wachse zunehmend, so dass man einige Atomkraftwerke vorzeitig stilllegen könne, so seine These.

## DIE GEPLANTE WAA IN WACKERSDORF

► Die WAA ging nie in Betrieb, sie scheiterte 1989 an den Kosten und vor allem am großen Widerstand der Bevölkerung.

► Bei den Demonstrationen setzte die Polizei auch CS-Gas ein, das durch die Genfer-Kommission geächtet wird.

► Die Staatsregierung hoffte, dass die Bevölkerung für den Bau der Anlage sei. Da man den Braunkohleabbau stoppte, war die Arbeitslosigkeit in Wackersdorf hoch, die WAA sollte Abhilfe schaffen. Heute befindet sich auf dem Gelände der „Innovationspark Wackersdorf“ mit

mehr Arbeitsplätzen, als sie die WAA geboten hätte.

► 2002 wurde im deutschen Atomgesetz festgelegt, dass die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen verboten ist. (mmf)